

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Drittes Jahr - Nr. 11 : November 2008



Iran: Die Uhr tickt

«Eine Bombe zu Weihnachten» titelte die Süddeutsche Zeitung. Dies nicht laut einer Verschwörungstheorie, sondern gestützt auf den jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA).

Laut der SZ könnte der Iran in wenigen Monaten einen ersten Sprengsatz im Arsenal haben. Sie beruft sich auf Mohamed el-Baradei, den Generaldirektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). El-Baradei sagt, es könne schon zu Weihnachten so weit sein.

Seite 8



Sendung Radio „Stimme des Widerstands“ 15. okt. 2008

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer

zum einjährigen Jubiläum des Radios „Stimme des Widerstands“ möchten wir Herrn Madjid Moshayedi, dem Gründer und Führer der DVF, und den Mitarbeitern des Radios ganz herzlich gratulieren und uns für ihre Bemühungen während dieses Jahres bedanken.

Das Radio „Stimme des Widerstands“ ist ein Programm der Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge (Schweiz) und stützt sich auf die Unterstützung ihrer Zuhörer und Freunde, die sich gegen das islamische Regime und für Freiheit und Gleichheit einsetzen.

Im vergangenen Jahr hat Radio „Stimme des Widerstands“ mit allen Mitteln versucht, die ZuhörerInnen über die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Situation im Iran auf den Laufenden zu halten, die schmerzvolle Stimme des iranischen Volkes in der Welt zu verbreiten und zur Integration der Flüchtlinge in der Schweiz beizutragen, so dass diese dennoch ihre kulturelle Herkunft beibehalten können.

In der Hoffnung auf die Verbreitung der Demokratie im Iran, Untergang dem Islamischen Regime im Iran!
Es lebe die Freiheit!
Exekutivrat des Radios
„Stimme es Widerstands“
Oktober 2008



Naghmeh Jazdani

Jährlicher Report des Radios
„Stimme des Widerstands“ Seite 2



Ban Ki-Moon kritisiert Iran wegen Menschenrechtsverletzungen

Seite 3



Frauen-Aktivistin im Iran verhaftet

Seite 5

Basar-Streik bringt Irans Führung in Bedrängnis

Seite 5

Die deutsche Regierung will Unternehmen von Iran-Geschäft abbringen

Seite 6

Iran ist kein Rechtsstaat!

Jährlicher Report des Radios „Stimme des Widerstands“

Es ist ein Jahr seit der Gründung des Radios „Stimme des Widerstands“, dem Radio der Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge, her. Das Radio stützt sich auf drei Säulen: die Meinungsäusserungsfreiheit, Ehrlichkeit und Solidarität. Ein Radio, das gegründet wurde als Tribüne, um die Stimme des iranischen Volkes zu bilden, welches gefangen ist in religiöser und politischer Dunkelheit. Das Radio „Stimme des Widerstands“ hat im vergangenen Jahr erfolgreich versucht, ohne jede Engstirnigkeit und Voreingenommenheit, die Konflikte zwischen den freiheitsliebenden und den revolutionären Gruppierungen zu minimieren und setzt sich ein, die Taten des terroristischen islamischen Regimes des Irans und den Betrug der opportunistischen Gruppierungen aufzudecken. Ich und du, mein edler Landsmann, beide von uns haben die Pflicht, die unterdrückte Stimme der Iraner im Iran weltweit zu verbreiten. Die Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge und ihre Verantwortlichen haben sich dafür eingesetzt und haben mit der Gründung des Radios „Stimme des Widerstands“ ihre revolutionäre Pflicht erfüllt. Ich, als Verantwortliche für den Exekutivrat des Radios, möchte an dieser Stelle, zum ersten Geburtstag des Radios „Stimme des Widerstands“, dem Gründer der Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge, Herrn Madjid Moshayedi, für all die Bemühungen und seine Unterstützung herzlich danken. Seine Anwesenheit im Radio hat uns wie ein Fels in der Brandung immer wieder Sicherheit gegeben, da er dieser Arbeit fähig ist. Von seiner Erfahrung konnten wir zum Fortschritt unserer Arbeit profitieren. Auch Herrn Mehrzad Khalili, dem Verantwortlichen der Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge, der jeden Mittwoch voller Energie bei der Radiosendung anwesend war und uns geholfen hat, möchten wir herzlich danken. Im vergangenen Jahr haben wir versucht, euch allen wöchentlich die Neuigkeiten bezüglich Politik und Menschenrechten zweisprachig (deutsch und persisch) zu überbringen. Jede Woche haben wir euch die wichtigen Artikel über Politik und Wirtschaft vorgelesen. Die Programme waren zweigeteilt, ein Teil auf deutsch, der andere auf

persisch. Für die Veröffentlichung waren zwei Gruppen verantwortlich. Nachdem das Radio gegründet wurde, hat der Exekutivrat des Radios entschieden, eine selbständige Website zu errichten (www.nedaye-moghavemat.ch). Auf dieser Seite können unsere lieben Landsleute die Programme hören oder anschauen.

Das Radio „Stimme des Widerstands“ gibt sich Mühe, durch Verbreitung von Informationen und Nachrichten zur politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation im Iran und zu den Flüchtlingen und ihrer Integration in der Schweiz, dazu beizutragen, dass sich die Immigranten und iranischen Flüchtlinge, welche sich in der Schweiz befinden, hier gut integrieren können und dennoch ihre kulturelle Identität bewahren.

Beim Zusammentragen unserer Arbeit des vergangenen Jahres konnten wir glücklicherweise feststellen, dass wir unsere Ziele erreicht haben. In dieser kurzen Zeit haben wir viel Erfahrung gewonnen und entschieden einige Veränderungen im Radio vorzunehmen:

Wir haben den Exekutivrat von zwei auf vier Mitglieder vergrößert und die Nachrichten werden nicht mehr nur vorgetragen sondern neu auch kommentiert. Dafür haben wir folgende Personen aufgrund ihrer fachlichen Kenntnisse eingeladen: Frau Hasmik Ghurtschian und die Herren Fuad Jahani und Hussein Tahajodi. Seit dem ersten Oktober hat nun das Radio „Stimme des Widerstands“ in dieser Konstellation seine Arbeit weitergeführt.

Die Mitglieder des Radios haben sich äusserste Mühe gegeben, die Programme, die unsere Hörer erwarten, zu senden. Eure Meinungen und Vorschläge waren für uns immer sehr wichtig und haben uns in unserer Weiterentwicklung gefördert. Zum Schluss möchte ich allen Mitgliedern des Radios herzlich danken für ihr Verantwortungsbewusstsein, ihre Pünktlichkeit und ihre Mitarbeit.

Verantwortliche des Exekutivrats des Radios
„Stimme des Widerstands“:
Naghmeh Jazdani
Oktober 2008



Ban Ki-Moon kritisiert Iran

Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechte

Im Iran können Kinder hingerichtet werden, Frauen, wegen unislamischer Kleidung verhaftet werden, religiöse Minderheiten als Ungläubige verfolgt werden. Die Friedhöfe der Baha'i werden regelmässig zerstört.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat am 20. Oktober seine Sorgen über die massiven Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Minderheiten im Iran geäussert. Er ist besorgt über die zunehmende Häufigkeit der Hinrichtungen, über Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen, Universitätsstudenten, Lehrer, Arbeiter, andere Aktivisten und über massive Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten, wie die Angehörigen der Bahai-Religion.

Ban Ki-Moon kritisierte ferner Steinigungen, die immer noch in einigen Fällen praktiziert worden seien, obwohl öffentlich erklärt worden sei, dass man keine Steinigungen mehr durchführe. Ban Ki-Moon kritisierte auch die öffentlichen Hinrichtungen. Folter sei beispielsweise in der iranischen Verfassung verboten, Körperstrafen, wie Auspeitschen würden jedoch auch öffentlich weiter praktiziert werden.

Schon Anfang Oktober hatte der Generalsekretär Ban Ki-Moon in einem Bericht an die UNO-Generalversammlung die Menschenrechtsverletzungen massiv kritisiert.

Ban ging am 20. Oktober auch auf die Todesstrafe für Kinder ein. Zwar hatte ein iranischer Beamter, Hossein Zebhi, vorgeschlagen, dass die Todesstrafe für Kinder aufgehoben werden sollte. Zebhi schränkte dann aber ein, dass nach islamischem Gesetz nur Familienangehörige des Opfers sich für ein Blutgeld statt für die Hinrichtung entscheiden können. Tatsächlich sind allein in diesem Jahr im Iran 6 Menschen unter 18 Jahren hingerichtet worden.

Die grausame Sittenpolizei führt „Säuberungen“ durch

Die Sittenpolizei der totalitären Diktatur geht immer härter gegen die iranischen Frauen vor. „Roozonline“ berichtete am 22. Oktober, dass verstärkt auch Autofahrerinnen und Mitfahrerinnen, die in ihren PKWs ihre Kopftücher nicht ordnungsgemäss tragen, kontrolliert und verhaftet werden. Sogar die Autos von Fahrerinnen oder Mitfahrerinnen, die die Kleiderordnung nicht einhalten, werden zwischen einer Woche bis zu zwei Monaten beschlagnahmt.

Die Sittenpolizei agiert nach dem Motto eines staatlichen „Programms zur sozialen Sicherheit“. Die islamische Gesellschaft soll sogar von alleinstehenden und alleine wohnenden Frauen, die gegen die islamischen Kleidervorschriften verstossen haben, „gesäubert“ werden. Wohnungen von weiblichen Singles seien Orte des Verderbens. Im Winter sollen Frauen noch nicht einmal Stiefel anziehen dürfen, offenbar, weil die Konturen der Beine sichtbar werden. Frauen, die sich „unislamisch“ kleiden, werden in einer Spezialkartei als Mob, „Arazel wa Obash“ aufgeführt. Falls Frauen mehrfach wegen schlechter Bekleidung verhaftet werden, bekommen sie einen Extra-Ausweis und müssen sich regelmässig bei der Polizei zur Kontrolle melden.

Zoroastrier werden als Ungläubige bezeichnet

Besonders besorgniserregend sind Massnahmen gegen die religiösen Minderheiten im Iran. „Iran Press Watch“ meldete, dass laut einer schriftlichen Aussage des Revolutionsführers, Ali Khamenei, sogar Zoroastrier, Angehörige der altpersischen Religion, inzwischen als Ungläubige behandelt werden sollen. Obwohl Zoroastrier, Christen und Juden zu den Buchreligionen zählen.

„Iran Press Watch“ veröffentlichte ein Dokument, das die Handschrift von Ayatollah Khamenei beinhaltet. Es geht um folgenden Fall: Ayatollah Khamenei, Revolutionsführer des Iran, wurde schriftlich gefragt, wie man die Erben einer zoroastrischen Familie behandeln müsse, wenn einer der Erben Muslim geworden sei.




Der Revolutionsführer urteilte schriftlich, dass falls einer der Erben Muslim geworden sei, dieser die gesamte Erbschaft bekommen müsse, da die anderen Ungläubige, „Kafar“, seien. In diesem Urteil des Obersten staatlichen Führers werden sogar die Zoroastrier als „Kafar“ bezeichnet.

Friedhofsschändungen

Die „Human Rights Activists in Iran“ veröffentlichten ein offenbar geheimes Dokument, das aus dem Büro des iranischen Führers stammt. Daraus geht hervor, dass die drei jungen Bahai, die in Schiraz seit über 10 Monaten in Haft sitzen, unschuldig sind. Dennoch werden die drei Bahai, die als Sozialarbeiter tätig waren, immer noch in Haft gehalten.

Die Friedhöfe der Bahai werden seit Jahren unter eindeutiger Befürwortung der iranischen Machthaber zerstört. Staatliche Medien schüren propagandistisch den Hass gegen die Bahai. Am 23. Oktober 2008 wurde ein weiterer Bahai-Friedhof in Ghaemshahr gänzlich zerstört. Alle Grabsteine dieses Friedhofes wurden zerstückelt. „Iran Press Watch“ berichtet, dass am 29. September 2008 ein Bahai-Friedhof in Isfahan zerstört worden ist.

Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Activists“ in Iran, die von dem berühmten früheren Studentenaktivist Ahmad Batebi geleitet wird, hat Photos und ein Video über die Zerstörung des Bahai-Friedhofs veröffentlicht. 


Zu früh gefreut, Iran will weiter Kinder hinrichten

Die Nachricht von Iran lautete; Iranische Jugendliche sollen künftig wegen schwerer Delikte zu lebenslanger Haft verurteilt werden. Doch für Mord gilt auch weiterhin das Recht auf Vergeltung. Iran will künftig auf den Vollzug der Todesstrafe für Jugendliche unter 18 Jahren verzichten. Das verkündete der stellvertretende Generalstaatsanwalt in Teheran. Alle Gerichte in der Islamischen Republik seien angewiesen, keine unter 18-jährigen Straftäter "ungeachtet der Straftat, die sie begangen

haben", mehr hinrichten zu lassen, sagte Hossein Sobhi.

Menschenrechtsorganisationen begrüßten die Entscheidung. Amnesty International (AI) äusserte sogar die Hoffnung, die Entscheidung werde den Weg für eine vollständige Abschaffung der Todesstrafe im Iran ebnen. AI forderte, den Beschluss umgehend in die Praxis umzusetzen und die Regelungen der Kinderrechtskonvention, die Iran unterzeichnet habe, in Recht umzuwandeln. Dazu zähle auch, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht zu lebenslanger Haft verurteilt werden dürfen. Doch die Freude über die Ankündigung der Staatsanwaltschaft währte nicht lange.

So sei es nicht gemeint gewesen, erläuterte Sobhi am nächsten Tag. Ob ein Jugendlicher, der einen Mord begangen habe, hingerichtet werde oder nicht, entscheide nicht die Justiz. Die Entscheidung liege bei den Hinterbliebenen der Opfer. Das Recht, einen Mörder hinzurichten, beruhe in der islamischen Rechtsprechung auf das Recht der "Vergeltung". Ob nun die Familie des Mordopfers auf der Anwendung dieses Rechts besteht oder sich mit dem Täter über eine Entschädigung einigt, sei eine rein private Angelegenheit der Beteiligten. Dieses Prinzip des "Vergeltungsrechts" gelte auch im Falle der Verletzung oder des Verlusts von Körperteilen. Allerdings versuche die Justiz, den Vollzug der Todesstrafe bei Jugendlichen so lange wie möglich hinauszuschieben, um die Hinterbliebenen zum Verzicht auf die Vergeltung und zur Einigung mit dem Täter bewegen zu können. Was er am Mittwoch verkündet habe, sagte Sobhi, gelte für Straftaten wie Drogenschmuggel. In diesen Fällen werde die Höchststrafe bei "lebenslänglich" liegen.

Laut einer iranischen Menschenrechtsorganisation wurden in den vergangenen zehn Jahren 177 Jugendliche unter 18 Jahren zum Tode verurteilt, von denen 34 hingerichtet wurden. Die restlichen 114 Personen befänden sich in Todeszellen. Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge wurden 2008 sechs Jugendliche hingerichtet, seit 2005 waren es 26 Jugendliche. Im Iran werden mehr Jugendliche hingerichtet als in allen anderen Ländern der Welt. 

Frauen-Aktivistin im Iran verhaftet



Die iranische Polizei hat Esha Momeni, eine in den USA studierende Iranerin verhaftet, die einen Film über die Lage der Frauenrechte in ihrem Land drehen wollte. Die junge Studentin, die an einer Universität in Kalifornien eingeschrieben ist, sei bereits in der vergangenen Woche wegen angeblich nicht genehmigter Video-Aufnahmen festgenommen worden.

Inzwischen habe man sie in das berüchtigte Ewin-Gefängnis in der Hauptstadt Teheran gebracht. Den Angaben zufolge ist sie Mitglied der Initiative "Wechsel für Gleichheit". Ziel der Organisation ist es, die Rechte der Frauen im Iran zu verbessern. Die Ermittler werfen Momeni vor, sie habe ohne vorherige Erlaubnis an einem Film über die Frauenrechtlerin Parvin Ardalan gearbeitet. Die 41-Jährige hatte eine grossangelegte Unterschriften-Aktion gestartet, mit der Reformen in der iranischen Gesetzgebung angestossen werden sollten. Im Iran sind Frauen gegenüber Männern in zahlreichen Lebens- und Rechtsbereichen immer noch stark benachteiligt. Erst im Februar dieses Jahres hatte Ardalan den Olof-Palme- Menschenrechtspreis erhalten. Die Behörden verweigerten ihr daraufhin die Ausreise, um die Auszeichnung in Schweden entgegen zu nehmen. □



Basar-Streik bringt Irans Führung in Bedrängnis

Die Schliessung des traditionsreichen Goldschmiedebasars von Isfahan von Anfang Oktober blieb nicht ohne Resonanz im Iran. Zahlreiche Branchen in anderen Grossstädten schlossen sich dem Streik der Goldhändler an. Auch viele Geschäfte im Grossbasar von Teheran sind seit Tagen geschlossen.

Der Streik in Isfahan begann, nachdem die Regierung eine dreiprozentige Mehrwertsteuer auf alle Gebrauchsgüter angekündigt hatte. Nach Ansicht der Basaris wird diese Mehrwertsteuer die Waren wegen vieler Zwischenhändler um

mindestens zwölf Prozent verteuern, was zu enormen Absatzrückgängen führen könne.

Kritik an Ahmadinejad

Obwohl die Medien wegen der ihnen auferlegten Einschränkungen über den Streik der Basaris kaum berichten, mehren sich die Stimmen, die ihn als natürliche Reaktion auf den Wirtschaftskurs der Regierung gutheissen. Die Basaris bezeichneten Ahmadinejad offen als Verursacher der steigenden Inflation. Nach den neuesten Zahlen der Zentralbank ist die Inflationsrate im laufenden Monat auf 29 Prozent gestiegen. Die Lage im Iran weckt Erinnerungen an die Anfänge der Revolution vor 30 Jahren. Damals begann alles mit einem Streik der Basaris in Isfahan. Vermutlich deshalb hat Ahmadinejad den Regierungserlass über die Mehrwertsteuer zurückgezogen und zwei Monate Bedenkzeit angeordnet. □



Tumulte bei Khatami-Rede an der Uni Wien

Etwa 20 Mitglieder des Bündnisses „Stop the bomb“ demonstrieren dort mit Transparenten, Pfeifen und Sirenen gegen einen Vortrag des iranischen Expräsidenten Mohammed Khatami.

Sicherheitskräfte in Zivil stehen an den Wänden. Drei von ihnen halten die Tür des Nebeneingangs zu, denn die Aktivisten versuchen jetzt, sich dort Zugang zu verschaffen. Die Polizei entfernt sie wenig später.

Seit Monaten protestiert „Stop the bomb“ gegen das iranische Atomprogramm. Besonders die Energiegeschäfte der OMV hat die Gruppe im Visier.

„Wir wollen die Leute auf die Verbrechen des Mullah-Regimes aufmerksam machen“, sagt Simone Dinah Hartmann, Sprecherin von „Stop the bomb“. „Unter Khatami gab es mehr Menschenrechtsverletzungen als je zuvor.“ □

Giessen: BND-Agent schmuggelte Waffenteile nach Iran

Ein ehemaliger Spion des BND, der Anfang Oktober wegen Schmuggelgeschäften mit dem Iran verhaftet wurde, soll seine Geschäfte aus Giessen geführt haben. Dem 61-Jährigen wird vorgeworfen, während seiner Zeit als Agent technische Geräte für das iranische Raketenprogramm exportiert zu haben.

Der wegen Schmuggelgeschäften mit dem Iran Anfang Oktober inhaftierte Kaufmann hat seine Geschäfte von Giessen aus abgewickelt. Das Verfahren gegen den 61-jährigen Iraner mit kanadischem Pass sei auf Anfrage der Bundesanwaltschaft im April nach Karlsruhe abgegeben worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Die Bundesanwaltschaft hatte Anfang Oktober lediglich die Verhaftung eines Geschäftsführers einer in Hessen ansässigen Firma auf dem Frankfurter Flughafen vermeldet. Der 61-Jährige soll von November 2007 bis September 2008 gegen Bestimmungen des Iran-Embargos verstossen haben. Dabei seien technische Geräte an in der Iran-Embargoverordnung gelistete Empfänger ausgeführt worden.

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Spiegel" zufolge soll der iranische Kaufmann über ein Jahrzehnt lang unter dem Tarnnamen "Sindbad" als Topagent des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Iran spioniert haben. Während er für den BND spionierte, habe er ohne Wissen des deutschen Auslandsgeheimdienstes für ein iranisches Raketenprogramm nutzbare Geräte exportiert. Die Bundesanwaltschaft hatte in der vergangenen Woche jede Stellungnahme zu dem Bericht abgelehnt. □

Die deutsche Regierung will Unternehmen von Iran-Geschäft abbringen

Berlin (Reuters) - Um den Druck auf Iran im Atomstreit zu erhöhen, will die Bundesregierung will deutsche Unternehmen offenbar vom Handel mit dem Land abbringen.

Auch ohne weitere formell bindende Sanktionen sollten vor allem Versicherer, Rückversicherer und

Firmen der Energiebranche angesprochen werden, berichtete der "Spiegel" am Samstag vorab. Darauf habe sich eine Runde verschiedener Ministerien auf Initiative von Aussenstaatssekretär Reinhard Silberberg geeinigt. Das Auswärtige Amt lehnte eine Stellungnahme ab.

Wirtschafts- und Finanzministerium sollten die Unternehmen nun ansprechen, um einen Verzicht auf Geschäfte mit dem Iran zu erreichen. Es gehe besonders darum, Iran den Zugriff auf nur von wenigen Herstellern angebotene Produkte abzuschneiden, die es nicht auch in Russland oder China kaufen könne. Der Anstoss dafür komme von der französischen Regierung, die derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Frankreich wolle eine grosse Gruppe von Staaten dazu bringen, ihre heimische Wirtschaft im Iran-Geschäft zu entmutigen, solange die Vereinten Nationen oder die EU sich auf keine neuen Sanktionen einigen können. □

Iran liefert Waffen an "Befreiungsarmeen" im Nahen Osten



Staatliche Nachrichtenseite Borna zitiert ranghohen Befehlshaber der Revolutionsgarden - Erste offizielle Erklärung dieser Art

Teheran - Der Iran liefert laut einem Bericht einer staatlichen Website Waffen an "Befreiungsarmeen" im Nahen Osten. Die Nachrichtenseite Borna berief sich dabei auf einen ranghohen Befehlshaber der Revolutionsgarden, General Hossein Hamedani. Der Iran sei in der Waffenproduktion autark und statt "Befreiungsarmeen" in der Region mit Waffen aus. Nähere Einzelheiten nannte Hamedani nicht.

Erste offizielle Erklärung

Es handelt sich um die erste offizielle Erklärung der iranischen Streitkräfte dieser Art. Teheran steht jedoch bereits seit längerem im Verdacht, die militante Hisbollah-Miliz im Libanon mit Waffen auszurüsten. □

Iran ist kein Rechtsstaat!



Sunniten und Schiiten im Iran stehen vor einer religiösen Zerreissprobe

Im Iran wachsen die Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten. Im Süden wurde eine sunnitische Religionsschule zerstört. Dem Präsidenten scheint der Streit gelegen zu kommen.

Auch unter Schiiten ist das geplante Kontrollorgan für sunnitische Religionsschulen umstritten. Sunniten sind im Iran die zweitgrösste Religionsgruppe, zwischen zehn und fünfzehn Prozent der Bevölkerung, genaueres weiss man nicht. Seit Jahren kämpfen sie in Teheran vergeblich für die Baugenehmigung ihrer Moschee. Als Bürgermeister der Hauptstadt lehnte der heutige Präsident Mahmud Ahmadinejad damals ihren Antrag ab.

Teheraner Sunniten beten seither in Botschaften islamischer Länder. Trotz heftiger Kritik der sunnitischen Geistlichen und ungeachtet der Solidarität einiger schiitischer Ayatollahs lenkte Ahmadinejad nicht ein, und bis jetzt zeigte die iranische Regierung keine Reaktion.

Die Spannungen zwischen den Religionsgruppen verschärfen sich nun: Anfang August 2008 beschloss der Rat der Kulturrevolution unter Präsident Ahmadinejad, einen Regierungsrat für sunnitische Religionsschulen zu gründen. Dieser soll sunnitische Aktivitäten im Iran kontrollieren.

Viele Parlamentsabgeordnete, darunter die sunnitische Fraktionen protestierten gegen den Plan. Der Beschluss müsse zurückgenommen werden, fordern führende Sunniten im Iran. Er gefährde die Einheit des Landes und das Zusammenleben beider religiöser Gruppen.

"Der erste Schritt für eine Verbot"

Die iranischen Sunniten fühlen sich ohnehin benachteiligt: Nach dem iranischem Grundgesetz darf nur ein Schiit Präsident werden. Minister und

ihre Stellvertreter, Botschafter, Dekane und Führungspositionen im Iran dürfen nur von Schiiten gewählt werden.

Unter der Regierung Ahmadinejad nehmen die Benachteiligungen der sunnitischen Minderheit weiter zu. "Sunniten dürfen auch nicht an Kultur- und Sicherheitsfragen des Landes teilnehmen", sagt Jalal Jalalisadeh, sunnitischer Religionsexperte im Iran und ehemaliger Parlamentsabgeordneter.

Der geplante Regierungsrat würde diese Situation noch verschärfen: "Ahmadinejads Rat ist der erste Schritt für ein Verbot der sunnitischen Zentren im Iran. In den iranischen Medien haben Sunniten keine Rolle, und ihre Identität wird bedroht."

Auch unter Schiiten ist das geplante Kontrollorgan für sunnitische Religionsschulen umstritten. Ahmad Ghabel, der in Ghom, dem bedeutendsten Religionszentrum der Schiiten im Iran, studiert hat, warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft. Denn seit einigen Jahren werden immer wieder sunnitische Moscheen zerstört und sunnitische Geistliche verhaftet.

Nun wurde kürzlich sogar eine sunnitische Religionsschule im Südosten des Landes von Sicherheitsorganen zerstört, Geistliche wurden festgenommen - mit der offiziellen Begründung einer fehlenden Baugenehmigung für die Schule.

Damit habe die seit Jahrzehnten wachsende Diskriminierung der Sunniten ihren Höhepunkt erreicht, sagt Religionsexperte Ghabel. Ahmadinejads Plan verletze das iranische Grundgesetz. "In unserer Verfassung sind die Rechte der religiösen Minderheiten geschützt, sie dürfen in ihren Städten und Dörfern frei nach ihren religiösen Rechten und ihrem Glauben handeln." Ghabel erklärt, dass sogar einige schiitische Grossayatollahs, darunter Ayatollah Montazari, die Diskriminierung der Sunniten verurteilen. Auch sie warnen vor der Gefährdung der Sicherheitslage des Landes. "Die Zerstörung der Moscheen und religiösen Zentren ist eine Sünde. Unser Heiliges Buch verurteilt es. Egal, wo es geschieht, ist es gegen den Willen Allahs und gegen die Lehre des Korans."



Iran: Die Uhr tickt

«Eine Bombe zu Weihnachten» titelte die Süddeutsche Zeitung. Dies nicht laut einer Verschwörungstheorie, sondern gestützt auf den jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Der Iran lenkt nicht mehr ein, schreibt die Süddeutsche Zeitung (SZ). «Die nukleare Entwicklung in Iran ist längst immun gegen dieses Ritual multilateraler Aussenpolitik. Gemeint ist das Zeitspiel, bei dem der Iran einmal vorgibt, sein Atomprogramm zu verhandeln und dann wieder auf stur schaltet, während im Hintergrund emsig nukleare Tatsachen geschaffen werden.

Laut der SZ könnte der Iran in wenigen Monaten einen ersten Sprengsatz im Arsenal haben. Sie beruft sich auf Mohamed el-Baradei, den Generaldirektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). El-Baradei sagt, es könne schon zu Weihnachten so weit sein.

Herzig, aber nicht beeindruckend: Erhobener Zeigefinger

Die Hinhaltetaktik des Iran geht perfekt auf. So forderte der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier zuletzt im Namen des UN-Sicherheitsrats «ein klares Zeichen des Einlenkens und der Vertrauensbildung ... Die Hinhaltetaktik der iranischen Seite darf die Geduld der internationalen Staatengemeinschaft nicht überreizen.» Das persische Reich wird mächtig beeindruckt sein. Denn dort hat man längst erkannt, dass auf den erhobenen Zeigefinger im Maximum ein böser Blick folgt, und wenn der nichts nützt, reagiert die Weltgemeinschaft höchstens mit einem verschärft erhobenen Zeigefinger. Mehr aber mit Sicherheit nicht.

Die SZ analysiert: «Die USA gingen auf Konfrontationskurs; die IAEA aber, obwohl fast zwei Jahrzehnte von Iran belogen, mahnte zu Zurückhaltung und Besonnenheit; die Europäer lavierten - eher mit Zuckerbrot als mit der Peitsche.»

«Wir laufen an der Leine Teherans!»

Die IAEA spricht von einem «äusserst wahrscheinlichen, vom Militär durchgeführtes Nuklearprogramm», damit hat die IAEA «erstmal ihre selbstverordnete Gutgläubigkeit in Sachen Iran aufgegeben» (O-Ton SZ). Im besten Fall werde der Iran eine «virtuelle Nuklearmacht» und das Programm nicht ganz durchziehen. Dem stehe aber entgegen, dass Präsident Mahmoud Ahmedinejad «vor seinem Ausscheiden Ende 2009 den «Durchbruch» zur Weltmacht selbst inszenieren wolle.

Lange führte Teheran die Unterhändler an der Nase herum, im September 2005 klagte einer von ihnen: «Wir laufen an der Leine Teherans!» Drohungen, Resolutionen und Androhungen beantwortete Teheran mit immer neuen, bedeutungslosen Verhandlungen. Diese platzten, wurden verschoben oder waren durchtränkt mit leeren Versprechungen und jeglicher Art von Hinhaltetaktik.

Das Zeitspiel

So funktionierte das Spiel auf Zeit: Von einer «letzten Chance» für den Iran sprach El-Baradei, am 2. September 2007: «Bis November, spätestens Dezember, müssten wir sehen können, ob Teheran seine Versprechen einhält», schrieb damals der österreichische «Kurier». Heute, ein Jahr später, zeichnen sich vollendete Tatsachen am Horizont ab. Die Vereinten Nationen sollten deshalb ihre Sanktionen gegen den Iran nicht verschärfen, so El-Baradei damals. Der Sprecher des iranischen Aussenministers, Mohammad Ali Hosseini, warnte vor einer neuen Iran-Resolution – man würde dann die Zusammenarbeit mit der IAEA überdenken; eine Zusammenarbeit, die von iranischer Seite wo immer möglich torpediert wurde; während der «Westen» geradzu danach schrie, vorgeführt zu werden.

Das Mullah-Regime schockt mit Äusserungen gegen Israel, was die Weltgemeinschaft mit Besorgnis zur Kenntnis nimmt. Führende Politiker des Landes reden davon, dass Israel von der Landkarte getilgt werden müsse. Am 14. Dezember 2001 wurde der frühere Staatschef Rafsandschani von der «Welt am Sonntag» so zitiert: Würde der Iran eine Atomwaffe besitzen, würde diese im Hinblick auf Israel «nicht nur zur Abschreckung dienen».

